FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG, 15. AUGUST 2021, NR. 32

„Wir dürfen uns China nicht ausliefern“

Die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock über eine härtere Gangart in der Handelspolitik, mehr Staatshilfe für Tech-Firmen und den Finanzminister als Klimaschützer

Frau Baerbock, wird es im Jahr 2050 in Deutschland noch Industrie geben?
Na klar. Eine Industrie auf der Höhe der Zeit: klimaneutral, digitalisiert und mit Sprung-Innovationen, die wir heute noch gar nicht kennen.

Gibt es dann noch eine Autoindustrie?
Natürlich. In 30 Jahren werden wir auch noch Auto fahren – aber anders. Leiser, sauberer, wahrscheinlich weitgehend automatisiert und damit effizienter. Damit diese Autos auch in Zukunft in Deutschland produziert werden, müssen wir heute die Weichen stellen.

Um Elektroautos zu bauen, braucht man weniger Beschäftigte. Was heißt das für die Jobs?
Europa zum ersten klimaneutralen Binnenmarkt der Welt machen. Wir können das. In der Vergangenheit haben Ingenieure und Entwickler aus Deutschland und Europa oft genug die Standards für die Weltmärkte erfunden – sei es mit dem Katalysator in Autos, mit FCKW-freien Kühlschränken oder mit dem GSM-Standard im Mobilfunk. Im Moment lassen wir uns von China diesen Wettbewerbsvorteil nehmen. Deshalb braucht es neben einer starken europäischen Klimapolitik eine gemeinsame europäische Außenwirtschaftspolitik.

Was sollte Europa tun?
Wir werden China nicht isolieren können, gerade auch nicht mit Blick auf unsere Wirtschaftsbeziehungen. Aber

Deutschland produziert werden, müssen wir heute die Weichen stellen.

Um Elektroautos zu bauen, braucht man weniger Beschäftigte. Was heißt das für die Jobs?
Die größte Jobgefahr ist, den Wandel nicht von vorne her zu treiben. Ich war vorletzte Woche gerade bei Daimler. Der Konzern hat nach eigenen Angaben in Sindelfingen ein modernisiertes, weitgehend klimaneutrales Werk mit hohem Digitalisierungsgrad. Management und Betriebsrat haben dafür gesorgt, dass das Personal qualifiziert und Beschäftigung gehalten wurde. So kann der Umbau des Autostandorts Deutschland funktionieren.

Aber was, wenn die Zulieferer dann kein Geschäft mehr haben?
Der Umbau findet nicht entkoppelt von den Zulieferern statt. Die entwickeln sich parallel. Es braucht Planungssicherheit, gerade für Mittelständler. Sie müssen wissen, wohin die Reise geht, durch eine vorausschauende Wirtschafts- und Klimapolitik. Das ist unsere Einladung an die deutsche Industrie.

Branchenkenner schätzen, dass durch den Abschied vom Verbrenner mehr als 200 000 Arbeitsplätze wegfallen. Was kann die Politik da tun?
Zunächst einmal: Viele dieser Jobs verändern sich. Das heißt nicht, dass alle wegfallen. Zudem entstehen viele neue. Ich sehe es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten bei diesem klimaneutralen Umbau der Wirtschaft zu unterstützen. Der ist die beste Chance, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und neue zu schaffen. Wo Jobs sich grundlegend verändern oder verloren gehen, kann der Staat helfen, mit einem Recht auf Weiterbildung oder einem neuen Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld.

Aber einen Betrieb, der zum Beispiel Zündkerzen produziert, wird es doch hinterher gar nicht mehr geben?
Die Geschichte der deutschen Industrie ist eine Geschichte von zum Teil revolutionärem technologischen Wandel und daraus folgenden Umbrüchen auch in Unternehmen. Zum Beispiel ZF Friedrichshafen: von der Zahnradfabrik zum Spezialisten für Getriebe und jetzt hin zum Elektronik- und Softwareanbieter. Ich will den jetzigen Umbruch absichern und zu einem Aufbruch machen. Um den Betroffenen Sicherheit zu geben, dass die Investitionen in die Zukunft auch ökonomisch erfolgreich sind, legen wir für kleine und mittlere Unternehmen regionale Transformationsfonds auf.

Wie kann Deutschland in der Konkurrenz mit China bestehen?
Der Wettlauf der Industriestandorte entscheidet sich daran, welche Region als erste klimaneutral ist. Deshalb müssen wir

schaftspolitik.

Was sollte Europa tun?
Wir werden China nicht isolieren können, gerade auch nicht mit Blick auf unsere Wirtschaftsbeziehungen. Aber wir müssen souverän bleiben und dürfen uns nicht komplett einem autoritären Regime ausliefern, das auch mit unlauteren Wirtschaftsmethoden arbeitet. Wir brauchen eine andere China-Politik, die auf alle sensiblen Wirtschaftsbereiche schaut und die gemeinsame Stärke der Europäischen Union nutzt.

Was heißt das konkret?
Das Beihilfe-, Wettbewerbs- und Subventionsrecht der EU auch stärker auf Firmen aus dem Ausland anwenden. Auch Klimaschutzvorgaben, Datenschutzstandards und Arbeitnehmerrechte müssen stärker bei der öffentlichen Auftragsvergabe berücksichtigt werden.

An welche Unternehmen und Produkte denken Sie?
Erinnern wir uns an die 5G-Netze und das chinesische Unternehmen Huawei. Die Bundesregierung drückt sich um eine eindeutige Antwort, während andere EU-Länder sehr klar gesagt haben: Ein Unternehmen, bei dem unklar ist, wie sehr es von der chinesischen Regierung beeinflusst wird, kann nicht in kritische Infrastruktur eingebunden werden. Das ist auch eine Sicherheitsfrage unseres Landes.

Und sonst?
Es kann unserer Wirtschaft das Genick brechen, wenn wir bei kritischen Gütern komplett vom Import abhängig sind. Den Weltmarkt für Halbleiter dominieren amerikanische und asiatische Hersteller. Wir Europäer müssen Schlüsselbereiche definieren und gemeinsam zwischen Politik und Wirtschaft sicherstellen, dass wir solche Produkte in Europa produzieren können.

Sie plädieren für Unternehmen mit Staatsbeteiligung?
In Autofabriken standen die Bänder still, weil es keine Chips gab, und wir als Europäer konnten praktisch nichts tun, weil sie aus Asien und den USA kommen. Wenn wir die Arbeitsplätze in Europa und unsere kritische Infrastruktur sichern wollen, dann müssen wir auf den globalen Märkten mitspielen können. Wenn unsere innovativen Technologien abwandern, weil das Wagniskapital fehlt oder weil die Unternehmen nicht genügend Abnehmer in Europa finden, dann kann der Staat nicht einfach zuschauen. Andere Regionen sind da weiter als wir.

Nochmals: Würde sich der Staat an solchen Unternehmen beteiligen?
Europäische Staaten sollten in sensiblen Bereichen gemeinsam Konsortien

Auf Wahlkampftour: In Duisburg lässt sich Annalena Baerbock, 40, in einer Skulptur aus Stahl fotografieren. Foto Stefan Finger

unterstützen – so wie Europas Antwort auf Boeing das europäische Flugzeugkonsortium Airbus war. Wir sollten unternehmerischen Mut belohnen und die Abwanderung erfolgreicher Start-ups und ihrer hier entwickelten Innovationen entgegenwirken – zum Beispiel, indem sie bei öffentlichen Ausschreibungen stärker berücksichtigt werden. Über 300 Milliarden Euro gibt der Staat jährlich im Beschaffungswesen aus. Nichts hindert uns daran, davon ein Prozent gezielt in Innovationen und neue Produkte zu investieren.

Sie wollen den Unternehmen eine Abnahmesicherheit geben?
Ich will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: innovative Geschäftsmodelle fördern und den Staat gleichzeitig modernisieren, unter Wahrung der internationalen Handelsregeln. Wir schlagen Klimaverträge vor, damit Unternehmen, die sich auf den Weg zur Klimaneutralität machen, Sicherheit über die Entwicklung des CO_2-Preises bekommen. Aktuell wird der wahre ökologische Preis nicht abgebildet, was klimafreundliche Investitionen benachteiligt. Es geht mir um Investitionssicherheit und ein *level playing field*, also gleiche Wettbewerbsbedingungen. Außerdem müssen wir auf die Einhaltung von Standards achten, wenn es in anderen Weltregionen Dumping gibt – zum Beispiel durch einen entsprechenden Aufschlag für Unternehmen, die auf dem chinesischen Markt subventioniert worden sind oder bei denen es keine Umweltstandards gibt

Sie wollen Zölle erheben?
Antidumping-Zölle sind nichts Neues. Ich will sie ergänzen und zum Beispiel Grenzausgleichszahlungen für Produkte aus dem Ausland vorantreiben, die ohne Rücksicht auf Klimaschutz produziert wurden. Ich will die Grundstoffindustrie in Deutschland halten und nicht weiter zusehen, wie der europäische Markt mit Dumpingstahl aus China überschüttet wird, obwohl wir hier in Eisenhüttenstadt, Salzgitter, Duisburg den Stahl auf klimafreundlichere Weise herstellen könnten.

Und bei unlauteren Subventionen?
Die Anti-Subventionsinstrumente müssen weiterentwickelt werden, damit wir für die europäischen Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit sichern können. Dabei sollten sie noch stärker als bisher auch bei Dumping durch niedrige ökologische und soziale Standards anwendbar sein.

Importzölle schützen nur den heimischen Markt. Wie wollen Sie europäische Produkte auch beim Export wettbewerbsfähig halten?
Die globalen Märkte der Zukunft sind klimaneutral, darum gilt das auch für andere Regionen der Welt. Wir erleben gerade in den USA, dass Billionen in die Hand genommen werden, um bei diesem Wettlauf der Industriestandorte vorne dabei zu sein. Die größten Finanzinvestoren der Welt schauen sich die Nachhaltigkeitsbilanzen der Unternehmen genau an und ziehen im Zweifel ihre Gelder ab. Deshalb braucht es klare Vorgaben der Politik. Wenn ich zum Beispiel steigende Quoten für grün produzierten Stahl klar definiere, dann wissen die Unternehmen: Die Umstellung unserer Hochöfen lohnt sich.

Dann fördert der Staat aber vielleicht Chips, die langsamer arbeiten. Oder Autobatterien, die nicht ganz so viel Strom speichern können.
Da haben Sie aber wenig Vertrauen in die deutsche Ingenieurkunst. Ich habe da keine Sorge, denn an Ideen und Ehrgeiz fehlt es nicht. Nehmen Sie die Beispiele Corona-Impfstoff, Solarzellen, Windräder, Autos. Das Problem war in den vergangenen Jahren eine Bundesregierung, die diesen Industrien Steine in den Weg gelegt oder zugesehen hat, wie sie abgewandert sind. Es mangelt nicht an guten Ideen, sondern an schnellem Transfer in Geschäftsmodelle und am Wagniskapital.

Wo verläuft die Grenze zwischen der Abwehr unlauterer Praktiken und Protektionismus?
Protektionismus wäre, aus Prinzip den eigenen Markt zu schützen und nicht, um das Beste zu ermöglichen. Unlauterer Wettbewerb, um dessen Bekämpfung es mir geht, heißt: Die Regeln sind eben nicht für alle gleich oder werden von manchen bewusst unterlaufen, sodass sich nicht das beste Produkt durchsetzen kann. Vor zwei Wochen war ich bei einem großen Zementhersteller, der sagt: Wir haben einen Prozess entwickelt, mit dem wir unsere CO_2-Bilanz maßgeblich verbessern können. Jetzt brauchen wir eine Normierung, die unseren CO_2-armen Zement zum Markenzeichen macht, die nötigen Fördermittel – und einen Schutz gegen unlautere Praktiken vom chinesischen Markt. Darum muss sich die Politik kümmern.

Angela Merkel hat im Umgang mit China eher die Linie vertreten: Protektionismus bringt's nicht, die Europäer sollten lieber schauen, dass sie mithalten können. Sind wir zu träge geworden beim Latte macchiato am Rosenthaler Platz?
Wenn sie die Gründer und Kreativen dort meinen: Die haben den Innovationswillen. Der fehlt aber bis heute der CDU, die seit 16 Jahren regiert – bei der Modernisierung der Verwaltung, bei schnellem Internet, beim Mobilfunk. Das sind staatliche Aufgaben. Ich erlebe an so vielen Orten in unserem Land, dass Menschen tüfteln. Ob in Schulen, in großen Fabriken oder auch in kleinen Restaurants: Sie arbeiten daran, dass ihre Produkte in Zukunft besser werden.

Schaffen wir das mit der Mentalität, dass der Staat der beliebteste Arbeitgeber ist und viele Leute von der Vier-Tage-Woche träumen?
Hohe Arbeitsstandards und der Wunsch nach Flexibilität stehen doch nicht im Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Wir brauchen keine anderen Beschäftigten und auch keine anderen Unternehmen. Wir brauchen eine ermöglichende Politik, die Erneuerungsprozesse unterstützt.

Wenn die Unternehmen das schon von selbst tun, wie Sie sagen, wozu braucht es dann noch die Politik?
Weil es gerade für kleinere Unternehmen ohne einen verlässlichen Rahmen nicht geht. Wir brauchen einen starken Markt mit all seiner Innovationskraft. Aber ein unregulierter Markt kann viel zerstören. Das haben wir in der Finanzkrise gesehen, wo Banken mit Steuergeldern gerettet werden mussten. Es ist nicht okay, wenn Familienunternehmen, die fleißig Steuern zahlen, gegenüber globalen Digitalmonopolisten keine faire Chance haben.

Viele Unternehmen könnten mit weniger Regeln dynamischer und billiger arbeiten. Ihr Wahlprogramm sieht viele neue Regeln vor, zum Beispiel Baustoffvorschriften. Passt das zusammen?
Gesetze sind kein Selbstzweck. Sie dienen dazu, faire Regeln für alle zu schaffen und Missstände zu beheben. Bei den Baustoffen sagt uns die Industrie: Wir können klimaneutrale Baustoffe herstellen, müssen aber sicher sein, dass sie auch verbaut werden. So befördern Effizienzstandards innovative Unternehmen.

Welche Ministerien müssen die Grünen besetzen, um dieses Programm nach der Wahl durchzusetzen?
Unser Industrieland klimaneutral zu machen, um so unseren Wohlstand zu sichern – daran sollte sich jedes Ministerium orientieren, egal ob grün geführt oder nicht.

Christian Lindner bietet Ihnen ein erweitertes Klimaministerium an und will für die FDP das Finanzressort. Geht das für Sie in Ordnung?
Offensichtlich ist nicht bei allen angekommen, dass Klimaschutz nicht nur die Aufgabe eines einzelnen Ministeriums ist, sondern der gesamten Bundesregierung. Also auch des Finanzressorts.

Wenn er das versteht, darf Lindner der künftige Finanzminister werden?
Zum Glück leben wir in einer Demokratie. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden, welche Parteien miteinander Koalitionsverhandlungen führen können. Nicht Spitzenpolitiker in Interviews.

Das Gespräch führten
Patrick Bernau und Ralph Bollmann.